

Reichhold rudert zurück Asfinag klagt Wien nicht

LOBAU-TUNNEL: Landet Protest von Umweltschützern vor Gericht?

WIEN (APA/milo). Nach der Ankündigung von Asfinag-Vorstand Mathias Reichhold, in der „Presse“, eine Klage gegen die Stadt Wien prüfen zu lassen, rudert der ehemalige Infrastrukturminister (in der VP-FP-Koalition 2002) tags darauf kräftig zurück: Nein, wegen der Verhinderung der Probebohrungen für den Lobau-Tunnel werde Wien nicht geklagt, so Reichhold, dies werde auch nicht geprüft. Zwischen Ankündigung und Absage liegen – dem Vernehmen nach – äußerst scharfe Reaktionen aus dem Wiener Rathaus auf informellen Kanälen.

Weiterverfolgen wolle die Autobahn- und Schnellstraßenfinanzierungsgesellschaft jedoch rechtliche Schritte gegen die Vertreter von Umweltorganisationen und Bürgerinitiativen, die seit Anfang November in der Lobau campieren. Die Asfinag prüft, ob und wie sie Schadenersatz geltend machen könne.

Juristischer Gegenschlag?

Die Gegner des 1,6 Milliarden-Projekts, die auch an diesem Wochenende wieder in der Lobau sind, lassen sich dadurch nicht aus der Ruhe bringen: „Wir sehen dem mit Gelassenheit entgegen“, so ein Sprecher von „Greenpeace“ am Freitag. Ein Jurist arbeite bereits an der Verteidigungslinie – und am juristischen Gegenschlag. „Global 2000“ fordert „konstruktive Gespräche“.

Wien ist Grundstückbesitzer der Lobau. Für die 18 Probebohrungen für den Tunnel – Kernstück der Autobahn-Umfahrung von Wien – sind die Genehmigungen rechtskräftig.

Die Vertreter von zehn Wiener Umlandgemeinden im Marchfeld fordern in einer Resolution den baldigen Bau der Wiener Nordost-Umfahrung (S 1). Sie bezeichnen die Umfahrung als eines der „wichtigsten



Die Asfinag will den Protest gegen den Tunnel aus der Lobau klagen. (APA)

INFO. Lobau-Klagen

Die Asfinag will Schadenersatz einfordern, weil die 18 Probebohrungen nicht durchgeführt werden können. Geprüft werden Verfahren gegen die Projektgegner, nicht mehr aber gegen die Stadt Wien.

ten Infrastrukturprojekte“ Österreichs“. Die Resolution wurde auch von den Bezirksvorstehern von Floridsdorf und der Donaustadt, sowie den Wiener Gemeinderäten Wolfgang Gerstl (VP) und Toni Mahdalik (FP) unterzeichnet.